

USA setzen Angriff fort

Wieder Bombenangriffe und Einsatz von Spezialeinheiten – Zwölfjähriger soll Mörder von US-Soldat sein

BABUL: Drei Monate nach Beginn ihres Militäreinsatzes in Afghanistan haben die USA im Osten Afghanistans ihre Bombenangriffe fortgesetzt. Bodentruppen suchten gemeinsam mit afghanischen Einheiten weiter nach El-Kaida- und Taliban-Kämpfern.

US-Kampfbomber beschossen erneut die Region um Zowar sowie ein mutmassliche El-Kaida-Lager bei Khost. Angesichts der Berichte über die zivilen Opfer der Bombardierungen sagte der UNO-Afghanistan-Beauftragte Lakhdar Brahimi, die USA gingen bei ihrem Militäreinsatz mit «äusserster Vorsicht» vor.

Bodentruppen

Örtliche Stammeskämpfer durchkämmten gemeinsam mit US-Spezialeinheiten weiter die Region um die Stadt Khost nach Kämpfern der gestürzten Taliban und der El Kaida.

Auch die Berghöhlen von Tora Bora, dem letzten bekannten Aufenthaltsort Bin Ladens, wurden inspiziert. Neben Informationen zu Bin Laden erhoffen sich die USA auch Hinweise auf den Verbleib des Taliban-Führers Mullah Mohammed Omar.

Die afghanische Übergangsregierung benannte unterdessen ihre Prioritäten für die künftige Gestaltung des Landes. Dazu gehört nach den Worten von Regierungschef Hamid Karsai auch der Kampf gegen den Drogenhandel. Dazu müsse aber die darnie-



Ein afghanischer Entminer mit Schutzmaske. Während die USA ihre Angriffe auf Afghanistan gestern fortsetzten, wurde mit der Suche nach den explosiven Erben des jahrzehntelangen Kriegs begonnen. (Bilder: Keystone)

derliegende Landwirtschaft mit internationaler Hilfe wieder aufgebaut werden, sagte Karsai. Sonst werde es kaum möglich sein, den Anbau von Schlafmohn und den Drogenschmuggel wirksam einzudämmen, erklärte er.

Werben für Tourismus

Afghanistans Tourismusminister

warb unterdessen für Afghanistan als Destination für Touristen. Viele Menschen seien neugierig auf sein Land, vor allem, weil es in letzter Zeit so häufig im Fernsehen gewesen sei, sagte Abdul Rachman.

In den kommenden drei bis vier Monaten erwarte er einen grossen Andrang aus Europa, moslemischen Staa-

ten und den USA. Gerade US-Bürger wollten Orte wie Tora Bora sehen, das mutmassliche Bergversteck des Extremistenführers Osama bin Laden. Derzeit gelten jedoch weite Teile Afghanistans noch als sehr unsicher.

Auch die internationale Schutztruppe für Kabul, deren Vorauskommando am Mittwoch eintreffen soll, hat

Schwierigkeiten, ihr Material ins Land zu bringen. Nach Angaben des deutschen Verteidigungsministers Rudolf Scharping wird der Flughafen «Kabul International» erst Ende Januar wieder für Grossflugzeuge nutzbar sein.

Der Flughafen Bagram, 50 Kilometer ausserhalb der Hauptstadt, werde vor allem für die militärischen Flugbewegungen der USA genutzt. Aufgrund der schwierigen Versorgungslage werde das deutsch-niederländische Vorauskommando der Schutztruppe auf mitgebrachte Lebensmittel und Wasser angewiesen sein.

Die 30 niederländischen Soldaten des Vorauskommandos bringen auch Gerät zur Räumung von Minen nach Kabul. Insgesamt ist Afghanistan mit etwa zehn Millionen Minen übersät. Nach Auffassung von Brahimi wird die Beseitigung der Minen in Afghanistan Jahre in Anspruch nehmen.

Erschoss Zwölfjähriger US-Soldat?

Ein zwölfjähriger Afghane soll der Mörder des US-Elitesoldaten sein, der am Freitag nahe der Stadt Khost in der ostafghanischen Provinz Paktia getötet wurde. Der Junge sei nach dem Gefecht in dem Ort Matta Schinah von Angehörigen des Stammes Sadran festgenommen worden. Trotz Verwundungen sei es ihm aber gelungen, zu entkommen, sagte der pakistanische Grenzwachter Jarved Marwad am Montag der Nachrichtenagentur AFP.

Der Junge habe demnach den tödlichen Schuss aus seiner Kalaschnikow abgefeuert.

«K-FRAGE» sorgt weiterhin für Wirbel

CDU und CSU streiten über Rolle der Fraktion bei Kanzler-Frage

BERLIN/KREUTH: Im Machtkampf um die Unions-Kanzlerkandidatur ist in Deutschland ein offener Konflikt um die Rolle der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ausgebrochen. Führende Politiker der Fraktion plädierten am Montag notfalls für ein Votum der Abgeordneten.

Ein solches Votum würde notwendig, sollten sich CDU-Chefin Angela Merkel und der CSU-Vorsitzende Edmund Stoiber nicht auf einen gemeinsamen Vorschlag einigen können.

CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer wandte sich wie zuvor Merkel gegen eine Abstimmung in der Fraktion. Dort bilden die Anhänger Stoibers nach Einschätzung zahlreicher Unionspolitiker eine klare Mehrheit. Stoiber bekräftigte den Willen zu einer einvernehmlichen Lösung mit der CDU-Chefin.

Merkel und Stoiber hatten am Wochenende erstmals öffentlich die Bereitschaft erklärt, im Wahlkampf gegen Bundeskanzler Gerhard Schröder anzutreten. Stoiber sagte bei seiner Ankunft auf der Klausurtagung der CSU-Landesgruppe in Wildbad Kreuth, er werde die Kandidatenfrage mit Merkel in einem freundschaftlichen Gespräch klären.



Nach Einschätzung von Unions-Fraktionsvize Wolfgang Bosbach plädierten 60 bis 70 Prozent der Abgeordneten für Edmund Stoiber (Bild).

Bundestagsabgeordnete für Stoiber

Nach Einschätzung von Unions-Fraktionsvize Wolfgang Bosbach plädierten 60 bis 70 Prozent der Abgeordneten für Stoiber. CDU-Generalsekretär Meyer warnte vor einer Kampf-abstimmung um die Kanzlerkandidatur. Der CDU-Parteitag in Dresden habe vereinbart, dass Merkel und Stoiber einen gemeinsamen Vorschlag vorlegen.

Bosbach sagte, im Konfliktfalle müssten sich die Präsidien von CDU und CSU mit der Kandidatenfrage beschäftigen. Die Fraktion könne allenfalls eine Empfehlung aussprechen.

Entscheidung bis Ende Januar ge-

fordert. Der Unions-Fraktionsvize forderte eine schnelle Entscheidung über die Kandidatur. Bis Ende Januar müsse der «gordische Knoten» durchschlagen sein, sagte er. Stoiber kündigte eine Entscheidung noch für Januar an.

Nach Einschätzung führender Unionspolitiker verfügt Merkel in den Spitzengremien der CDU über keinen Rückhalt für eine Kanzlerkandidatur, auch wenn die Mehrheitsverhältnisse dort nicht so eindeutig seien wie in der Fraktion. Als entscheidende Etappe im Rennen um die Kandidatur wird die CDU-Vorstandsklausur in Magdeburg Ende der Woche angesehen.

Über die Absichten der CDU-Chefin

waren in der Partei unterschiedliche Auffassungen zu hören. Es wurde die Ansicht vertreten, Merkel habe mit ihrer Erklärung deutlich machen wollen, dass sie ihren Anspruch auf die Kandidatur nicht vor dem Gespräch zwischen ihr und Stoiber über die Kandidatenfrage aufgeben wolle. Dies soll nach den Treffen in Kreuth und Magdeburg stattfinden.

An anderer Stelle in der Partei wurde die Meinung geäussert, die CDU-Chefin wolle sich gegen Stoiber durchsetzen. Merkel setze darauf, dass der bayerische Ministerpräsident vor einem offenen Konflikt um die Kandidatur zurückschrecken werde.

Abfuhr für Haider

Im skurrilen Streit um zweisprachige Ortsschilder

WIEN: Im Streit um zweisprachige Ortsschilder hat der österreichische Verfassungsgerichtshof (VfGH) dem Kärntner Rechtspopulisten Jörg Haider am Montag eine klare Abfuhr erteilt.

Die Mitglieder des VfGH hätten am Wochenende einstimmig entschieden, dass es keinerlei Anlass für ein Amtsenthebungsverfahren gegen den Präsidenten des Gerichtes, Ludwig Adamovich, gebe, hiess es in der am Vormittag veröffentlichten Entscheidung der Richter.

Der Kärntner Regierungschef Haider

hatte das Verfahren gegen Adamovich gefordert und ihm vorgeworfen, er habe sich «unwürdig» verhalten. Der Rechtspopulist hatte damit auf eine Entscheidung des Gerichts vom Dezember reagiert, die zweisprachige Ortstafeln in allen Gemeinden vorschreibt, in denen mindestens zehn Prozent einer sprachlichen Minderheit leben.

Haider reagierte umgehend und heftig auf seine Niederlage und forderte in einer in Klagenfurt veröffentlichten Erklärung, das Gericht müsse nun grundlegend reformiert werden. Der starke Mann der Freiheitlichen Partei (FPÖ) weigert sich, die Entscheidung des Gerichts umzusetzen.

Rot-rote Koalition perfekt

PDS erhält in Berlin drei Ressorts

BERLIN: Die rot-rote Koalition in Berlin ist perfekt. Nach der kleinen Runde einigten sich am Montagabend auch die grossen Verhandlungskommissionen von SPD und PDS auf eine Verteilung der Ressorts im künftigen Senat.

Das teilte Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) mit.

Demnach soll die SPD neben dem Regierungschef fünf Ressorts bekommen, die PDS übernimmt drei Ressorts. Beide Parteien legten jedoch fest, dass das Justizressort, das an die SPD geht, in Mitsprache mit der PDS besetzt wird. Über die Inhalte der gemeinsamen Regierungspolitik hatten sich beide Parteien bereits vor Weihnachten verständigt.



Eine Ehe in Rot: Berlins SPD-Bürgermeister Klaus Wowereit (links) koalitiert nun doch mit Gregor Gysi (rechts) und der PDS.